

Documentation

Die Renaissance des Keynesianismus als Ziel der Keynes Gesellschaft*

Von Jürgen Kromphardt

1. Die Zielsetzung der Keynes Gesellschaft

Der Keynesianismus, der bis in die späten 1970er Jahre hinein die Lehrbücher zur Makroökonomie und die wirtschaftspolitischen Ansichten in Wissenschaft und Politik dominierte, hat durch die Hinwendung von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik zur Angebotsökonomie deutlich an akademischer und praktischer Relevanz eingebüßt und ist auch in der Lehre an den Universitäten stark in den Hintergrund gedrängt worden. Vielfach wird er nur noch in der Version präsentiert, die korrekt als neoklassische Synthese zu bezeichnen ist und die den Kern der Theorie von Keynes und seine wirtschaftspolitische Botschaft neoklassisch vereinnahmt und streng genommen verfälscht.

Insbesondere in Deutschland ist es in weiten Kreisen nahezu verpönt, den Begriff der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die zentrale Größe der keynesianischen Analyse, überhaupt zu erwähnen. Immerhin hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2004 die Schwäche der Binnennachfrage in Deutschland thematisiert. Trotzdem wird die angebotsökonomische Position weithin fast dogmatisch vertreten, wonach die Nachfrage entweder gar keine oder nur eine sehr kurzfristige Rolle spielt, so dass man ihre Entwicklung nicht weiter beachten muss.

Auf der internationalen Ebene hat der Keynesianismus dagegen in Form der „Neuen Keynesianischen Ökonomie“ (New Keynesian Economics) wieder an Gewicht gewonnen und spielt mit der Betonung der Nachfrage in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine zentrale Rolle. Dazu trugen auch die erfolgreiche Makropolitik in den USA, wo die aktive Geldpolitik des Notenbankchefs Alan Greenspan zu weit höheren Wachstumsraten führt, als man sie

* Vortrag, gehalten bei den 36. Mündener Gesprächen der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 am 17. 4. 2005 in der Reinhardwaldschule bei Kassel. Für wertvolle Anregungen und Kritik danke ich Frau Dipl.-Volkswirtin Stephanie Schneider.

in Deutschland beobachten kann, und die erfolgreiche Fiskalpolitik in Großbritannien, die von 1992 bis 1994 zur Bekämpfung der Rezession jährliche Budgetdefizite zwischen 6,3 und 7,8 % zuließ, bei.

Die Keynes Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, auch im deutschsprachigen Raum dem Keynesianismus wieder Geltung zu verschaffen. Sie will seiner Vereinnahmung und der einseitigen Betonung der Angebotsseite entgegenwirken, indem sie Studierenden und wirtschaftspolitisch Interessierten eine umfassende und leicht zugängliche Information über den theoretischen Ansatz und die wirtschaftspolitischen Überlegungen von Keynes und ihren heutigen Verfechtern verschafft. Dafür soll eine Internetpräsentation der Veröffentlichungen von und über Keynes sowie über die keynesianische Theorie aufgebaut werden. Dabei sollen ausdrücklich die Schwachstellen im keynesianischen Theoriegebäude diskutiert und an ihrer Beseitigung gearbeitet werden.

Nach dem derzeitigen Stand der Diskussion in der Keynes Gesellschaft erscheint es nötig, vier zentrale Bedingungen zu erfüllen, um der Renaissance des Keynesianismus im deutschsprachigen Raum eine Chance zu geben.

2. Vier zentrale Bedingungen für eine Renaissance des Keynesianismus

2.1. Klarstellung der Keynes'schen Botschaft und ihrer heutigen Relevanz

Die Zielrichtung von Keynes' Hauptwerk „The General Theory of Employment, Interest and Money“ aus dem Jahr 1936 wird deutlich, wenn man seine Entstehung vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise 1929 – 1932 sieht. Diese wurde im Herbst 1929 durch den Börsenkrach an der New Yorker Börse ausgelöst und verbreitete sich rasch über die ganze Welt, mit verheerenden wirtschaftlichen und politischen Folgen: Von 1929 bis 1932 brach die industrielle Produktion weltweit massiv ein. Die Arbeitslosenquoten stiegen auf bis dahin ungekannte Höhen: In Deutschland auf 30 %, in den USA auf 25 % und in Großbritannien auf 22 %. Die Machtergreifung Hitlers war die gravierendste politische Folge.

Die damals herrschende ökonomische Theorie stand dieser Entwicklung hilflos gegenüber. Sie lehrte, jede Abweichung von der Vollbeschäftigung löse automatisch Gegenkräfte aus, die die Wirtschaft ausreichend schnell zur Vollbeschäftigung zurückführen, sofern Preise und Löhne flexibel reagierten. Diese Voraussetzung war damals erfüllt: Von 1929 bis 1932 sanken die Löhne in den drei genannten Ländern um ungefähr 25 bzw. 30 bzw. 7 %. Die Preise fielen ähnlich stark, nämlich um 24 bzw. 30 bzw. 15 %. Aber die Situation verschlechterte sich weiter, und zwar besonders in Deutschland und in den USA, wo Löhne und Preise am stärksten sanken. Viele prominente Ökonomen

verließen sich daraufhin nicht mehr auf die überkommene Theorie, sondern forderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und andere Formen aktiven staatlichen Gegensteuerns. Was fehlte, war eine Theorie, die erklärte, weshalb die wirtschaftliche Entwicklung so desaströs verlief, und aus der sich staatliches Handeln überzeugend begründen ließ.

In diese Lücke stieß Keynes mit seiner Theorie, die nicht mehr Preisrelationen und Preisadjustierungen in den Mittelpunkt stellt, sondern die Gesamtnachfrage nach Gütern (Waren und Dienstleistungen), und die begründet, weshalb eine Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung nur über eine Erhöhung dieser Nachfrage erreichbar ist, nicht aber über flexible Preise und Löhne. Das Aufsehen, das Keynes „General Theory“ sogleich nach ihrem Erscheinen erregte, wurde dadurch begünstigt, dass Keynes schon zuvor durch seine wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Schriften sowie durch seine Beratertätigkeit für die Regierung der bekannteste britische Ökonom geworden war.

Keynes' Analyse ist heute wieder aktuell; denn im Anschluss an die ersten zwei Dekaden der Nachkriegszeit mit langen Phasen annähernder Vollbeschäftigung erleben die meisten Industriestaaten seit mindestens 20 Jahren eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit bei schwachem Wirtschaftswachstum, und – wie schon in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 – ertönt der Ruf nach Lohn- und Preissenkungen sowie nach Kürzungen bei den Sozialtransfers. Offenbar sind die damaligen Erfahrungen, die theoretischen Erkenntnisse von Keynes und die darauf aufbauende wirtschaftspolitische Botschaft weithin in Vergessenheit geraten. Letztere besagt im Kern: Für eine Wiedergewinnung hoher Beschäftigung ist eine entsprechend hohe Güternachfrage erforderlich. Die alleinige Senkung von Preisen und Löhnen wäre der falsche Weg; denn die Erwartung, dies führe zu zusätzlichem Angebot und dieses schaffe sich gemäß Say'schem Gesetz seine Nachfrage, ist für eine Geldwirtschaft trügerisch. Vielmehr würde das Wirtschaftssystem bei dauerhaft unzureichender Güternachfrage – wenn nicht positive externe Schocks auftreten – in einem Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung verharren.

2.2. Befreiung aus der neoklassischen Umklammerung und von quantitätstheoretischen Relikten

Offenbar sind diese Einsichten wieder weitgehend verloren gegangen, denn die heute vorherrschende Position in den Wirtschaftswissenschaften ähnelt verblüffend den Auffassungen, die Keynes vorfand und mit seiner Theorie in Frage stellte. Dazu hat auch ihre rasch einsetzende neoklassisch inspirierte (Fehl-)Interpretation beigetragen. Diese Entwicklung hat bereits mit dem „klassischen“ Aufsatz von Hicks (1937) begonnen, der die Theorie von Keynes auf die Situation der Liquiditätsfalle zu beschränken versuchte und sie als Theorie der Depression bezeichnete; dies ungeachtet der Tatsache, dass Key-

nes (1936, 207) zu diesem horizontalen Bereich der Geldnachfragekurve bemerkte: „But whilst this limiting case might become practically important in future, I know of no example of it hitherto“. Noch weiter ging Modigliani (1944), der die Güter- und Geldmarktanalyse durch einen strikt neoklassischen Arbeitsmarkt ergänzte und für dieses durchgängig neoklassisch interpretierte Modell zeigte, dass außer im Bereich der Liquiditätsfalle, die er – ohne Hicks zu zitieren – als „Keynesian case“ bezeichnet, die Existenz eines Unterbeschäftigungsgleichgewichts an die Annahme rigider Löhne gebunden ist: „There is one case in which the Keynesian theory of liquidity preference is sufficient by itself to explain the existence of underemployment equilibrium without starting out with the assumption of rigid wages“ (Modigliani 1944, 74). Damit war der Weg zur neoklassischen Synthese¹ eröffnet, in der sich der neoklassische Arbeitsmarkt mit seiner Tendenz zur Vollbeschäftigung immer durchsetzt, wenn nur Preise und Löhne genügend flexibel sind. In vielen Lehrbüchern wird diese neoklassische Synthese als Keynesianische Theorie ausgegeben, so z B. in dem weit verbreiteten, jetzt in 8. Auflage vorliegenden Lehrbuch von Felderer/Homburg (2003). Dort wird es als „Allgemeines keynesianisches Modell“ ohne jeden Hinweis darauf präsentiert, wie weit man sich hier von Keynes entfernt hat², insbesondere, was die Wirkungen eines nach unten flexiblen Lohnniveaus betrifft.

Zusätzlich zu dieser neoklassischen Vereinnahmung mittels eines neoklassischen Arbeitsmarktes hatte die Verengung der Theorie von Keynes auf das in den Lehrbuchdarstellungen zentrale IS/LM-Diagramm von Hicks (1937) weitere fatale Konsequenzen; denn dieses klammert viele wichtige Aspekte der Keynes'schen Theorie aus, wie den Einfluss der für Keynes so wichtigen Erwartungen aufgrund der Unsicherheit der Zukunft, die Konsequenzen von Änderungen der Einkommensverteilung und die Wirkung von Änderungen des Preis- und Lohnniveaus.

Besonders wichtig ist: In diesem Modell wird der Einfachheit halber die Geldmenge als exogene Größe behandelt, obwohl Keynes die Möglichkeit einer endogenen Geldmenge nicht ausgeschlossen hat und bei der Frage nach der (von der Neoklassik vermuteten) positiven Wirkung von Lohnniveausen-

¹ Samuelson hatte einen anderen Begriff einer neoklassischen Synthese, die er besser als klassisch/keynesianische Synthese bezeichnet hätte: „With reasonably stable full employment a feasible goal, the modern economist can use a ‚neoclassical synthesis‘ based on the combination of the modern principles of income determination and the classical truth. Paradoxically, successful application of the principles of income determination does result in a piercing of the monetary veil masking real conditions, does dissipate the topsy-turvy clashes between the whole and the part ...and does finally validate the important classical truths and vanquish the paradox of abortive thrift“. (Samuelson 1967, 581)

² Der Leser erfährt nur viele Seiten vorher, die Keynesianische Theorie sei „terminologisch scharf zu unterscheiden von der Keynes'schen Theorie“ (2003, 99). Weshalb und in welchen Punkten, erfährt der Leser nicht.

kungen auf die Beschäftigung erklärt: „If the quantity of money is itself a function of the wage- und price level, there is indeed nothing to hope in this direction“ (Keynes 1936, 266). Die Exogenität der Geldmenge ist nämlich ein Grundpfeiler für die Behauptung, es gäbe bei sinkenden Preisen einen Realkasseffekt (der reale Wert der Kassenhaltung steigt bei sinkenden Preisen), der auch auf dem Gütermarkt der Tendenz zur Vollbeschäftigung zum Durchbruch verhilft. Dieser Effekt ist an die Exogenität der Geldmenge gebunden, sodass ihm bei endogener Geldmenge der Boden entzogen wird. Nur bei exogener Geldmenge ergibt sich überdies bei steigender Güternachfrage eine „automatische“ Zinssteigerung, die zur partiellen oder totalen Verdrängung privater Nachfrage durch expansive Fiskalpolitik führt.

Dieses quantitätstheoretische Relikt machte es Friedman (1968) leichter, mittels seiner neu formulierten Quantitätstheorie die von ihm (1970) so bezeichnete monetaristische Gegenrevolution einzuleiten und zu behaupten: Eine höhere Geldmenge führe auf Dauer nur zu mehr Inflation; expansive Geldpolitik sei also nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich.

Um die Keynes'sche Theorie wieder zu Bedeutung gelangen zu lassen, muss auch dieses Relikt überwunden werden. In diese Richtung gehen in jüngster Zeit Vorschläge, die „Keynesian Macroeconomics without the LM-curve“ (Romer 2000) zu entwickeln, in der der Zinssatz nicht mehr aus dem Zusammenspiel von Geld- und Gütermarkt (also von IS- und LM-Kurve bei gegebener Geldmenge) erklärt wird. Vielmehr hält die Zentralbank, solange sie keine geldpolitischen Entscheidungen trifft, den Zinssatz als ihr geldpolitisches Instrument konstant, während die Geldmenge vom Markt bestimmt wird.

Die heile Welt des neoklassischen Arbeitsmarktes schließlich gerät auch unter Beschuss: In der modernen Arbeitsmarkttheorie wird die Grenzproduktivitätskurve der Arbeit nicht mehr als Arbeitsnachfragekurve interpretiert; sondern als Preisbestimmungsfunktion. Die Arbeitsnachfrage selbst wird vom Gütermarkt bestimmt: Dies betonen Carlin / Soskice (1990), die das arbeitsmarkttheoretische Standardmodell maßgeblich entwickelt haben: „In the imperfect competition model, output, y , is fixed by the demand for output. The level of output in the economy depends on the level of aggregate demand in the IS/LM diagram, and this, via the short-run production function, determines the level of employment“. Diese Theorie ist nun bereits Stoff in einem führenden amerikanischen makroökonomischen Lehrbuch (Blanchard 2003, 124–133), wobei deren Einsicht allerdings nicht konsequent durchgehalten wird.

2.3. Integration der Inflationsproblematik

Eine entscheidende Schwäche des Lehrbuch-Keynesianismus war die fehlende Beachtung der Inflationsproblematik. Dabei hatte Keynes (1940) Empfehlungen vorgelegt, wie man die während des Krieges zu befürchtende Nach-

frageinflation bekämpfen und verhindern sollte, obwohl in Schweden bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit diskutiert wurde, wie man bei Vollbeschäftigung Inflation vermeiden könne (s. Turvey 1952), und obwohl keynesianische Autoren wie Lerner und Ackley in den späten 50er Jahren zur Erklärung der schleichenden Inflation (auch bei Unterbeschäftigung) die Anbieterinflationstheorie entwickelt haben. Gemäß dieser Theorie besteht die Gefahr einer dauerhaften schleichenden Inflation, sobald die Anbieter auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt über Marktmacht verfügen. Ist einmal eine Preissteigerung eingetreten, so ergibt sich daraus ein ständiges Wechselspiel von Preis- und Lohnsteigerungen, das zu einem dauerhaften Anstieg der Preise und Löhne führt, die sich gegenseitig empor schaukeln. Diese Inflationstheorie wurde jedoch nicht in das Standardmodell integriert.

Statt diese Ansätze zu integrieren, wurde das Inflationsproblem separat anhand der Phillipskurve diskutiert, die der englische Ökonom Phillips (1958) als Erster verwendet hatte, um den Zusammenhang zwischen Lohnsteigerungen und der Arbeitslosenquote darzustellen, und die kurz danach von Samuelson/Solow (1960) auf den Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote übertragen wurde. Die anschließend empirisch ermittelten derartigen Phillipskurven zeigten für die damals verfügbaren Daten einen negativen Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote: Jahre mit niedriger Arbeitslosenquote wiesen eine relativ hohe Inflationsrate auf, Jahre mit höherer Arbeitslosenquote dafür eine niedrigere Inflationsrate. Dieser Zusammenhang lässt sich mithilfe der Anbieterinflationstheorie sehr gut begründen; denn je niedriger die Arbeitslosenquote und je höher die Beschäftigung, desto stärker ist die Marktmacht der Anbieter.

Die Phillipskurve schien die Wirtschaftspolitik vor eine schwierige Entscheidung zu stellen: Sie suggeriert nämlich – sie ist ein schönes Beispiel für die Suggestionskraft einfacher Grafiken –, eine Senkung der Inflationsrate müsse mit einer erhöhten Arbeitslosigkeit einhergehen; denn sie legt es nahe zu vermuten, die dort gezeichneten Kurven seien im Zeitablauf stabil und man könne auf ihnen wandern, ohne dadurch Rückwirkungen auf die Lage dieser Kurven hervorzurufen. Viele Keynesianer erlagen der Suggestionskraft der Phillipskurve und erwarteten, eine Bekämpfung der Inflation werde zu einer stabilisierungsbedingten zusätzlichen Arbeitslosigkeit führen, und schraken deshalb vor ihr zurück. Sie erkannten zu wenig die Möglichkeit – die in der Phillipskurve theoretisch auch angelegt ist –, diese Kurve mittelfristig nach links bzw. unten zu verschieben, sei es durch Verringerung der strukturellen Arbeitslosigkeit, sei es durch eine Veränderung des eingespielten Verhaltens der lohn- und preissetzenden Akteure. Schweden liefert ein Beispiel für die erstgenannte Einflussmöglichkeit.

In der wirtschaftlichen Realität wurde die Inflation zunehmend zum Problem. Sie war es schon vor 1968 in vielen Staaten, in den USA insbesondere durch die Kreditfinanzierung des Vietnamkriegs in Zeiten hoher Beschäfti-

gung. Sie wurde es weltweit im Anschluss an den ersten Ölpreisschock vom Herbst 1973, als sich durch die Maßnahmen der OPEC der Weltmarktpreis dieses wichtigsten Energieträgers vervierfachte. In Deutschland war die Inflationsrate schon vorher aufgrund der Vollbeschäftigung auf über 5 % gestiegen. Als dann im Frühjahr 1974 infolge der Energieverteuerung hohe Lohnsteigerungen vereinbart wurden, drohte eine sich beschleunigende Inflationsspirale.

Diese Inflationswelle führte zu deutlich veränderten Prioritäten in der Wirtschaftspolitik, insbesondere nachdem Friedman (1968) die Theorie von der langfristig senkrechten Phillipskurve entwickelt hatte. Ihr zufolge hat eine Inflationsbekämpfung keine dauerhaft negativen Folgen für Produktion und Beschäftigung.

Damit konnte die Inflation bekämpft werden, ohne wegen möglicher negativer Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung große Bedenken zu haben. Insbesondere die Deutsche Bundesbank machte von diesem erweiterten Spielraum Gebrauch (andere Notenbanken folgten später) und reagierte mit massiven restriktiven Maßnahmen. Die Arbeitslosigkeit stieg daraufhin rasch an. Sie erwies sich allerdings als dauerhaft; die Prognose der Monetaristen trat nicht ein. Dennoch wurde diese monetaristisch begründete Strategie überwiegend begrüßt; die wirtschaftspolitische Bewertung von Inflation und Arbeitslosigkeit hatte sich zu Lasten letzterer verschoben und das Ziel Vollbeschäftigung war in den Hintergrund gerückt³.

Inzwischen verliert die Inflationsproblematik allerdings an Gewicht. Dazu hat beigetragen, dass die Weltwirtschaft nach der Überwindung der Inflationsphasen der 70er und 80er Jahre (verursacht durch Schocks und falsche Politik) wieder in eine Konstellation gekommen ist, in der nur geringe aggregative Preisdynamik vorherrscht, begünstigt durch Globalisierung, offene Handelsgrenzen, scharfen Wettbewerb, technischen Fortschritt und nicht zu vergessen: Arbeitslosigkeit. Die Angebotsgrenzen sind nicht nur „weiter weg“, sondern auch konzeptionell undeutlich geworden (Hysteresis). Damit ist eine ökonomische Analyse gefordert, die sich wieder auf die Determinanten der Produktionsaktivität besinnt, und nicht auf relative Preise und Strukturreformen.

2.4. Einbeziehung dauerhafter Nachfrageschwäche

Von Keynesianern ist lange Zeit vor allem die Möglichkeit antizyklischer Globalsteuerung zur Dämpfung der Konjunkturschwankungen diskutiert worden. Sie ist im deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 sogar zur Aufgabe der Wirtschaftspolitik erklärt worden. In diesem Gesetz wurden der Bundesregierung spezifische Instrumente an die Hand gegeben. Mit ihrer

³ Zu den Gründen dafür s. insbes. Rothschild (1986).

Hilfe errang der damalige Wirtschaftsminister Karl Schiller große beschäftigungspolitische Erfolge nach der Rezession 1967 in Deutschland. Allerdings gelang es ihm 1971/72 nicht, die in der Hochkonjunktur nunmehr notwendige restriktive Fiskalpolitik politisch durchzusetzen⁴. Diese politische Ökonomie einer antizyklischen Fiskalpolitik spielte im keynesianischen Theoriegebäude keinerlei Rolle – die politische Ökonomie der Fiskalpolitik ist aber für die wirtschaftspolitische Anwendung der keynesianischen Theorie zentral.

Diese Betonung der konjunkturellen Steuerung der Nachfrage hat verdeckt, dass Nachfragelücken nicht nur konjunkturell bedingt und damit kurzfristiger Natur sind, sondern dass Volkswirtschaften auch unter einer dauerhaften Nachfrageschwäche leiden können. Keynes hatte in einem internen Memorandum über „The long term problem of unemployment“ schon 1943 die Gefahr eines solchen dauerhaften Nachfragemangels vorhergesehen. Leider ist dieser kurze Text erst viel später, nämlich 1980, in seinen *Collected Writings* veröffentlicht worden (Keynes 1943) und konnte daher keinen Einfluss auf die Diskussion gewinnen.

Keynes erwartete nach dem Kriegsende eine Entwicklung in drei Phasen. In der ersten Phase sei mit einer hohen Investitionsneigung zu rechnen. Ohne Rationierung und andere Kontrollmaßnahmen entstünde daraus ein Investitionsvolumen, das die Ersparnis bei Vollbeschäftigung übersteige. In der zweiten Phase werde der dringendste Investitionsbedarf gedeckt sein, aber es werde noch gelingen, durch Maßnahmen der Investitionsförderung oder -dämpfung das Investitionsvolumen auf der Höhe der Ersparnis bei Vollbeschäftigung zu halten. In der dritten Phase werde es dann nicht mehr gelingen, ohne Rückgriff auf „wasteful and unnecessary“ Projekte Investitionen in dieser Höhe zu erzielen. Dann werde es nötig sein, „to encourage wise consumption and discourage saving, and to absorb some part of the unwanted surplus by increased leisure, more holidays (which are a wonderful good way of getting rid of money) and shorter hours“ (1943, 323).

Keynes' Vermutungen über die Länge der ersten beiden Phasen erwiesen sich zwar als zu pessimistisch, aber offensichtlich befindet sich Europa seit längerem in der schwierigen dritten Phase. So zeigt die Arbeitskräftebilanz für West-Deutschland einen drastischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen seit 1974, der von Phasen zurückgehender Arbeitslosigkeit (1975–1979, 1988–1991 und 1997–2001) nur unterbrochen, aber im Trend nicht aufgehalten wurde. Wenn dieser Anstieg (und der schwache Rückgang) auf mangelnde Güternachfrage zurückgeführt werden sollen, dann benötigt man Argumente, weswegen das Wachstum der Güternachfrage hinter den Werten zurückgeblieben ist, die für ein Zurückdrängen der Arbeitslosigkeit erforderlich gewesen wären.

⁴ Einen spannenden Bericht über die damalige Diskussion findet man bei Scherf (1986).

Zur Erklärung solcher Wachstumsdefizite bieten sich zwei kontinuierlich abnehmende Faktoren und drei „Schocks“ an:

- a) Anfang der 70er Jahre wurde das Ende der Wiederaufbauphase erreicht und damit wurde auch der Nachholbedarf im öffentlichen Sektor und im Wohnungsbau im Wesentlichen gedeckt. Damit entfielen zwei wesentliche Ursachen für die hohe Nachfrage in den 50er und 60er Jahren.
- b) Da nunmehr weniger neue Wohnungen gebaut wurden und die vorhandenen Wohnungen mit vielen langlebigen Konsumgütern bereits ausgestattet sind, wird die Ausweitung der privaten Konsumgüternachfrage schwieriger; denn es treten Sättigungstendenzen beim privaten Konsum besehender Produkte auf. Es wird notwendig, den Konsumenten neue Produkte schmackhaft zu machen und sie zu veranlassen, diese Produkte zu kaufen. Dies stößt auf Grenzen, wenn zu wenig neue Produkte auf den Markt kommen. Strittig ist, in welchem Umfang hierfür Rahmenbedingungen verantwortlich sind, die Investitionen und Innovationen hemmen, wie z. B. kompliziertere und anspruchsvollere Genehmigungsverfahren, vor allem im Hinblick auf die Umweltbelastungen, auch weil vermehrt von Betroffenen auf die Genehmigungsverfahren Einfluss genommen wird.

Zu diesen zwei allmählich sich ändernden Faktoren sind 1972 – 1974 drei schlagartig einsetzende Änderungen hinzugetreten:

- a) Mit dem 1972 veröffentlichten 1. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit (Grenzen des Wachstums, Meadows u. a., 1972) wird dem bis dahin ungebrochen vorherrschenden Wachstumsoptimismus ein entscheidender Schlag versetzt. Dieser zeigt seine volle Wirkung, als im Herbst 1973 die OPEC zeitweise ihre Mineralöllieferungen aussetzte und damit die Ressourcenabhängigkeit der Industrienationen demonstrierte.
- b) Mit 1973 endete die Phase eines kräftigen Wachstums der Bevölkerung in Westdeutschland mit dem entsprechenden Bedarf an Wohnungen, Schulen etc.: Ab 1974 geht die Bevölkerung bis 1985 um ca. 1 Mio. Personen zurück, begleitet von düsteren Prognosen über die langfristig schrumpfende Bevölkerung. Gleichzeitig steigt in dieser Zeit das Erwerbspersonenpotential weiter an (von 1974 bis 1985 um knapp 1,8 Mio. Personen).
- c) Aufgrund der u. a. durch die Ölpreisseigerung vom Herbst 1973 erhöhten Inflationsrate schlug die Deutsche Bundesbank – wie schon erwähnt – ab 1974 einen sehr restriktiven Kurs in der Geldpolitik ein, mit entsprechenden Folgen für Zinssätze und Investitionen.

Zumindest für Deutschland ist Keynes' Prophezeiung – so scheint es – eingetreten. Auf jeden Fall macht die anhaltende Nachfrageschwäche in Deutschland klar, wie irreführend es ist zu behaupten, wie es immer wieder geschieht, wir hätten in Deutschland „keine keynesianische Situation“. Hier wird wieder versucht, die keynesianische Theorie auf die kurze Frist zu reduzieren.

3. Die Mitgliedschaft in der Keynes Gesellschaft

Die „Keynes Gesellschaft“ wurde von 13 an deutschen Universitäten lehrenden Ökonomen gegründet, sie ist seit April 2004 als Verein registriert und seit Januar 2005 als gemeinnützig anerkannt. Eine Mitgliedschaft in der Keynes Gesellschaft unterstützt deren Zielsetzung. Sie bietet zudem den Vorteil, sich durch Anregungen an dem Aufbau der Website beteiligen zu können und Fragen über das Internet klären zu lassen. Auch ist daran gedacht, für Mitglieder ein Diskussionsforum im Internet zu eröffnen, einen Newsletter über neue einschlägige Veröffentlichungen und Ereignisse einzurichten und wissenschaftliche Tagungen zu veranstalten, an denen die Mitglieder ohne (oder mit stark reduziertem Kostenbeitrag) teilnehmen können.

Für die Unterstützung bei der Verfolgung ihrer Ziele hofft die Keynes Gesellschaft auf zahlreiche Mitglieder. Ihre Satzung und ihre Beitragssatzung sind auf der Homepage www.Keynes-Gesellschaft.de nachzulesen; die Beitrittserklärung kann dort ausgedruckt werden.

Literatur

- Blanchard, O.* (2003): Macroeconomics, 3rd edition, o.O.
- Carlin, W./Soskice, D.* (1990): Macroeconomics and the Wage Bargain. A Modern Approach to Employment, Inflation and the Exchange Rate., Oxford, 159.
- Felderer, B./Homburg, St.* (2003): Makroökonomik und neue Makroökonomie 8. Aufl., Berlin u. a.
- Friedman, M.* (1968): The Role of Monetary Policy, The American Economic Review 58, 1 – 17, Deutsch: Die Rolle der Geldpolitik. Wiederabgedruckt in: Brunner, K./Meltzer, A./Neumann, M. J. M. (Hrsg.) (1970), Die optimale Geldmenge und andere Essays, München 135 – 156, und in: Brunner, K./Meltzer, A./Neumann, M. J. M. (Hrsg.) (1974), Geldtheorie, Köln, 314 – 337.
- (1970): The Counter-Revolution in Monetary Theory, Institute of Economic Affairs, Occasional Paper 33, London. Deutsch in: Kalmbach, P. (Hrsg.) (1973), Die Gegenrevolution in der Geldtheorie. Der neue Monetarismus, München.
- Hicks, J.* (1937): Mr. Keynes and the „Classics“. A Suggested Interpretation, Econometrica 5, 147 – 159. Wiederabgedruckt in: J. Hicks (1967), Critical Essays in Monetary Theory, Oxford.
- Keynes, J. M.* (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money, London. Wiederabgedruckt in: Moggridge, D. (Hrsg.) (1973), Collected Writings of J. M. Keynes, Vol. 7, London.
- (1940): How to Pay for the War, London. Wiederabgedruckt in: Keynes, J. M. (1971), Collected Writings, Vol. IX., Essays in Persuasion, London & Basingstoke.

- (1943): The Long-Term Problem of Full Employment, in: „Collected Writings of John Maynard Keynes“ (1980), London u. Basingstoke/Cambridge, Vol. XXVII, 320–325.
- Meadows, D. et al.* (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.
- Modigliani, F.* (1944): Liquidity Preference and the Theory of Interest and Money, *Econometrica* 12, 45–88. Wiederabgedruckt in: F. Lutz/L. Mints (Hrsg.) (1952), *Readings in Monetary Theory*, London, 186–239.
- Phillips, A. W.* (1958): The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861–1957, *Economica* 25, 283–299.
- Romer, D.* (2000): Keynesian Macroeconomics without the LM Curve, *Journal of Economic Perspectives* 14, 149–169.
- Rothschild, K.* (1986): Der Wechsel vom keynesianischen zum neoklassischen Paradigma in der neueren Wirtschaftspolitik. Versuch einer soziologisch-historischen Einordnung, in: Krupp/Rohwer/Rothschild (Hrsg.) (1986), *Wege zur Vollbeschäftigung. Konzepte einer aktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*, Freiburg, 107–132. Wiederabgedruckt in: Rothschild, K. (1990), *Arbeitslose, gibt's die? Ausgewählte Beiträge zu den ökonomischen und gesellschaftspolitischen Aspekten der Arbeitslosigkeit*, Marburg, 239–257.
- Samuelson, P.* (1967): *Economics, An Introductory Analysis*, New York u. a., 7th ed.
- Samuelson, P./Solow, R.* (1960): Analytical Aspects of Anti-Inflation Policy, *The American Economic Review*, 50 (supplement), 177–194.
- Scherf, H.* (1968): Enttäuschte Hoffnungen – Vergebene Chancen. Die Wirtschaftspolitik der Sozialliberalen Koalition 1969–1982, Göttingen.
- Turvey, R.* (Hrsg.) (1952): *Wages Policy under Full Employment*, London u. a.